



Plenarprotokoll

36. Sitzung

Donnerstag, 26. September 2013

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	3518	Oliver Friederici (CDU)	3526
Nachgerückte Abgeordnete Burgunde Grosse (SPD) und Carsten Schatz (Die Linke)	3518	Bürgermeister Michael Müller	3526
Anschlag auf Wohnhaus eines Abgeordneten	3518	Harald Moritz (GRÜNE)	3526
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	3518	Bürgermeister Michael Müller	3526
Liane Ollech (SPD)	3518	Wie weiter beim Thema Inklusion?	3527
Jörn Jakob Schultze-Berndt (CDU)	3519	Stefanie Remlinger (GRÜNE)	3527
Ramona Pop (GRÜNE)	3520	Senatorin Sandra Scheeres	3527
Harald Wolf (LINKE)	3521	Stefanie Remlinger (GRÜNE)	3527
Pavel Mayer (PIRATEN)	3522	Senatorin Sandra Scheeres	3528
1 Mündliche Anfragen	3523	Regina Kittler (LINKE)	3528
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Senatorin Sandra Scheeres	3528
Drucksache 17/MA36		Bespitzelung von Journalistinnen und Journalisten durch den Verfassungsschutz?	3528
Weiterentwicklung der Tempelhofer Freiheit	3523	Hakan Taş (LINKE)	3528
Daniel Buchholz (SPD)	3523	Bürgermeister Frank Henkel	3529
Bürgermeister Michael Müller	3523	Hakan Taş (LINKE)	3529
Daniel Buchholz (SPD)	3525	Bürgermeister Frank Henkel	3529
Bürgermeister Michael Müller	3525	Clara Herrmann (GRÜNE)	3529
Marion Platta (LINKE)	3525	Bürgermeister Frank Henkel	3530
Bürgermeister Michael Müller	3525	Wird es jemals eine neue Clay-Oberschule geben?	3530
Aktueller Verfahrensstand zum Weiterbau der A 100	3526	Dr. Simon Weiß (PIRATEN)	3530
Oliver Friederici (CDU)	3526	Senatorin Sandra Scheeres	3530
Bürgermeister Michael Müller	3526	Dr. Simon Weiß (PIRATEN)	3530
		Senatorin Sandra Scheeres	3530
		Regina Kittler (LINKE)	3530
		Senatorin Sandra Scheeres	3531

Wir sagen Danke	3531	Mietsteigerungsrate alle zwei Jahre	3539
Ulker Radziwill (SPD)	3531	Wolfram Prieß (PIRATEN)	3539
Senator Mario Czaja	3531	Bürgermeister Michael Müller	3539
Ulker Radziwill (SPD)	3533	Wolfram Prieß (PIRATEN)	3539
Senator Mario Czaja	3533	Bürgermeister Michael Müller	3539
Jasenka Villbrandt (GRÜNE)	3533	Flaschenboxen	3539
Senator Mario Czaja	3533	Alexander Spies (PIRATEN)	3539
Besonders beschleunigtes Verfahren in Berlin	3534	Senatorin Dilek Kolat	3539
Sven Rissmann (CDU)	3534	Alexander Spies (PIRATEN)	3540
Senator Thomas Heilmann	3534	Senatorin Dilek Kolat	3540
Dirk Behrendt (GRÜNE)	3535	Wohnungsbaufördermittel auch für Private	3540
Senator Thomas Heilmann	3535	Andreas Otto (GRÜNE)	3540
Solidarische Ökonomie in Berlin stärken und weiterentwickeln: Wie nutzt der Senat die vorhandenen Fördermöglichkeiten?	3535	Senator Dr. Ulrich Nußbaum	3540
Ajibola Olalowo (GRÜNE)	3535	Andreas Otto (GRÜNE)	3540
Senatorin Cornelia Yzer	3535	Senator Dr. Ulrich Nußbaum	3540
Ajibola Olalowo (GRÜNE)	3535	Kinder mit Migrationshintergrund in besonderen Klassen	3540
Senatorin Cornelia Yzer	3535	Özcan Mutlu (GRÜNE)	3540
Ulker Radziwill (SPD)	3536	Senatorin Sandra Scheeres	3541
Senatorin Cornelia Yzer	3536	Özcan Mutlu (GRÜNE)	3541
2 Spontane Fragestunde	3536	Senatorin Sandra Scheeres	3541
gemäß § 51 Abs. 7 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Ausschreibung zum S-Bahnbetrieb	3541
Gerichtsverhandlung Wasserbetriebe gegen Bundeskartellamt	3536	Jutta Matuschek (LINKE)	3541
Nikolaus Karsten (SPD)	3536	Bürgermeister Michael Müller	3541
Senatorin Cornelia Yzer	3536	Jutta Matuschek (LINKE)	3541
Nikolaus Karsten (SPD)	3536	Bürgermeister Michael Müller	3542
Senatorin Cornelia Yzer	3536	Bundestagskita	3542
Neuregelung des § 45d des Sozialgesetzbuches XI	3537	Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)	3542
Joachim Krüger (CDU)	3537	Senatorin Sandra Scheeres	3542
Senator Mario Czaja	3537	Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)	3542
Wohnungsbauförderung für alle Bauherren	3537	Senatorin Sandra Scheeres	3542
Andreas Otto (GRÜNE)	3537	Energiekosten in landeseigenen Gebäuden	3542
Bürgermeister Michael Müller	3538	Michael Schäfer (GRÜNE)	3542
Andreas Otto (GRÜNE)	3538	Senator Dr. Ulrich Nußbaum	3543
Bürgermeister Michael Müller	3538	Michael Schäfer (GRÜNE)	3543
Nachtroute über Blankenfelde-Mahlow	3538	Senator Dr. Ulrich Nußbaum	3543
Carsten Schatz (LINKE)	3538	Probefahr Leonardo-da-Vinci-Gymnasium	3543
Bürgermeister Michael Müller	3538	Regina Kittler (LINKE)	3543
Carsten Schatz (LINKE)	3538	Senatorin Sandra Scheeres	3543
Bürgermeister Michael Müller	3539	Regina Kittler (LINKE)	3544
		Senatorin Sandra Scheeres	3544

(Senator Mario Czaja)

Beratung und Unterstützung geben sollen – mit dem Ziel, dass drei pro Bezirk vorhanden sind. 36 war einmal die Zielstellung, und wir sind jetzt bei 27.

Dann gibt es die Institutionen „PflegeEngagement“, die in den Stadtteilzentren in den Bezirken gebündelt sind, sodass die anderen Stadtteilzentren, wenn man zu ihnen geht, auch auf das Stadtteilzentrum hinweisen, in dem diese Stellen für das Pflegeengagement vorhanden sind. Natürlich weisen auch die unterschiedlichen Leistungsanbieter auf diese Hilfe- und Unterstützungsmöglichkeiten hin.

Wie Sie bei der „Woche der pflegenden Angehörigen“ gesehen haben, haben viele Leistungsanbieter, die Selbsthilfekontaktstellen und die Stadtteilzentren auf diese Woche und das Engagement hingewiesen, aber das bewahrt nicht davor, dass sich pflegende Angehörige häufig in dieser Phase zurückziehen, sich aus Liebe und Vertrauen zu ihrem Angehörigen nur noch darum kümmern und die anderen Sachverhalte nicht mehr so genau beachten und Hilfsangebote nicht mehr sehen. Unser Ziel ist, diese beiden Institutionen, die Pflegestützpunkte und die Einrichtungen der Stadtteilzentren, weiter auszubauen und zu stärken, weil wir glauben, dass das die zentralen Anlaufpunkte sind, die ja auch in Teilen aufsuchende Arbeit vornehmen.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank!

Nun hat Kollege Sven Rissmann von der CDU-Fraktion das Wort zu seiner Mündlichen Anfrage über

Besonders beschleunigtes Verfahren in Berlin

– Herr Kollege, bitte schön!

Sven Rissmann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die derzeitige Durchführungspraxis des besonders beschleunigten Verfahrens – §§ 417 ff. StPO – im Land Berlin?
2. Gibt es Pläne, dieses Verfahren zu einer erweiterten Anwendung zu bringen, und wenn ja, wodurch?

Präsident Ralf Wieland:

Herr Senator Heilmann – bitte schön!

Senator Thomas Heilmann (Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Abgeordneter Rissmann! Der Senat bewertet die Anwen-

dung des besonders beschleunigten Verfahrens in Berlin ausgesprochen positiv. Unser Land liegt im bundesweiten Vergleich beim Anteil an den beim Amtsgericht durchgeführten Strafverfahren vorn. Der Grund dafür ist in einer guten und erfolgreichen Kooperation der beteiligten Akteure, namentlich der Polizeidienststellen, der Anwaltschaft sowie der Richterinnen und Richter am Bereitschaftsgericht am Tempelhofer Damm, zu sehen.

Aber nichts ist so, dass man es nicht besser machen könnte. Deswegen hat sich auf meinen Vorschlag hin die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister im Juni 2013 mit der Thematik des besonders beschleunigten Verfahrens befasst. Sie hat in ihrem Strafrechtsausschuss gebeten, eine länderoffene Arbeitsgruppe einzusetzen, die die Erfahrungen der Länder mit diesem Verfahren auswertet – es gibt da bedeutende Unterschiede zwischen den Ländern – und gegebenenfalls Optimierungsvorschläge für die Anwendung, die Durchführung oder das Gesetz zu unterbreiten. Mein Haus hat sich bereit erklärt, den Vorsitz in der Arbeitsgruppe zu übernehmen, die voraussichtlich im Herbst 2013 erstmals zusammentreten wird.

Das besonders beschleunigte Verfahren weiter zu stärken, ist also unser Ziel. Grundsätzlich sind hierfür alle Fallgestaltungen geeignet, in denen der Sachverhalt einfach gelagert ist oder wegen klarer Beweislage sofort verhandelt werden kann. Dies ist mit den Beteiligten aufseiten der Polizei, der Anwaltschaft und der Richterschaft zu erörtern – es ist klar, dass das im Bereich von richterlicher Unabhängigkeit liegt –, um in Zukunft möglichst viele geeignete Fälle zu identifizieren. Wir haben dazu bereits mehrfach ressortübergreifend zu Gesprächen eingeladen. Dabei wurde u. a. erörtert, welche Deliktgruppen und Fallgestaltungen sich für eine Anwendung des besonders beschleunigten Verfahrens eignen.

Im Jahr 2012 sind seitens der Anwaltschaft 1 172 Anträge auf Durchführung des besonders beschleunigten Verfahrens gestellt worden. In 1 127 Fällen hat das Bereitschaftsgericht am Tempelhofer Damm die Einschätzung geteilt, dass sich die unterbreiteten Sachverhalte für ein besonders beschleunigtes Verfahren eignen, und dann dieses Verfahren durchgeführt. Dies entspricht einem Anteil von gut 96 Prozent. Diese Zahlen zeigen, dass das Zusammenspiel der Akteure bei Polizei, Strafverfolgungsbehörden und Gerichten ziemlich gut funktioniert. Diese erfolgreiche Kooperation gilt es fortzuentwickeln.

Um die Sache noch etwas anfassbarer zu machen: Es geht insbesondere um die Frage, ob es weitere Verfahren gibt, die man hinzunehmen kann. Dabei wird besprochen, ob man Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte bei überschaubaren Tathandlungen, Beleidigungsdelikte und einfach gelagerte Fälle der Körperverletzung in das besonders beschleunigte Verfahren aufnehmen kann. Ferner wurde bisher in Berlin das besonders beschleunigte

(Senator Thomas Heilmann)

Verfahren hauptsächlich in den Fällen durchgeführt, in denen der oder die Beschuldigte geständig ist. Es ist aber durchaus denkbar – und das prüfen wir gerade –, dass sich dieses Verfahren auch für Fälle eignet, wo die Geständigkeit fehlt, es aber leicht nachweisbar ist, dass der Tatvorwurf zu Recht erhoben wird. Daran arbeiten wir.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Herr Rissmann hat keine Nachfrage. Dann hat Herr Kollege Behrendt das Wort zu einer Nachfrage. – Bitte schön!

Dirk Behrendt (GRÜNE):

Herr Justizsenator! Sie haben jetzt drei Gruppen aufgezählt, die am beschleunigten Verfahren beteiligt sind: die Anwaltschaft, die Polizei und die Richter. Es fehlt eine vierte Gruppe vor Gericht, nämlich die Anwälte. Wie sieht die Berliner Anwaltschaft die verstärkte Anwendung des beschleunigten Verfahrens?

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Herr Senator!

Senator Thomas Heilmann (Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz):

In der Tat, Herr Behrendt, habe ich es unterlassen zu berichten, dass wir selbstverständlich auch mit der Anwaltschaft in Gesprächen sind. Die Rechtsanwaltskammer hat sich durchaus offen für diese Vorschläge gezeigt. Da sie aber noch nicht so konkret vorliegen, dass sie dazu schon abschließend Stellung nehmen konnten, bleibt das den weiteren Beratungen vorbehalten.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank!

Nun hat Kollege Olalowo von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort zu seiner Mündlichen Anfrage über

Solidarische Ökonomie in Berlin stärken und weiterentwickeln: Wie nutzt der Senat die vorhandenen Fördermöglichkeiten?

– Bitte schön, Herr Kollege!

Ajibola Olalowo (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Ich frage den Senat:

1. Wie beabsichtigt der Senat, die neuen Möglichkeiten, welche die europäische Rahmenverordnung zum Europäischen Sozialfonds – ESF – eröffnet, zur Stärkung der gemeinwohlorientierten und solidarischen Ökonomie in Berlin zu nutzen?

2. Sofern keine Aktivitäten beabsichtigt sind, warum nicht?

Präsident Ralf Wieland:

Es antwortet die Wirtschaftsministerin. – Bitte schön, Frau Yzer!

Senatorin Cornelia Yzer (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter Olalowo! Ich darf zunächst zur Frage der Beteiligung der Solidarwirtschaft an den künftigen Umsetzungen der ESF-Maßnahmen darauf hinweisen, dass wir ja derzeit noch im Abstimmungsverfahren sind. Die europarechtlichen Rahmenbedingungen der Strukturfondsförderung stehen noch nicht abschließend fest – auch nicht, was die finanzielle Ausstattung für die Förderperiode 2014 bis 2020 beim ESF angeht. Insofern sind auch die operationellen Programme im Senat noch im Entwicklungs- und Abstimmungsprozess. Ich kann aber bereits darauf hinweisen, dass sich im Zuge der Beratungen über die operationellen Programme abzeichnet, dass sich ein Schwerpunkt bei der Armutsbekämpfung bilden wird und insofern auch die Beteiligung der Solidarwirtschaft als wesentlicher Akteur dieser ESF-Maßnahmen vorgesehen ist.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Haben Sie eine Nachfrage, Herr Kollege? – Bitte schön!

Ajibola Olalowo (GRÜNE):

Frau Senatorin! Nun ist es leider so, dass Sie uns den Entwurf dieses operationellen Programms, an dem Sie gerade schreiben, noch nicht vorlegen konnten. Deshalb müssen wir hier so explizit nachfragen. Mich würde Folgendes interessieren: Im August 2013 hat das Europäische Parlament noch mal die Rahmenverordnung nachgebessert und explizit die Punkte „Förderung des sozialen Unternehmertums sowie der sozialen und solidarischen Ökonomie zur Verbesserung des Zugangs zur Beschäftigung und zu hochwertigen Dienstleistungen“ aufgenommen. Sehen Sie eine Möglichkeit, das auch in Berlin zu berücksichtigen?

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Frau Senatorin!

Senatorin Cornelia Yzer (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung):

Herr Abgeordneter! Wie Ihnen nicht zuletzt aufgrund der Ausschussberatungen bekannt ist, werden wir Ihnen den Entwurf der operationellen Programme nach der Senatsbeschlussfassung selbstverständlich zügig zur Verfügung